Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Arbeitnehmerrechte

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke@wk.bundestag.de

Berlin, 11. Oktober 2013

Pressemitteilung

Entgeltgleichheitsgesetz – jetzt!

Zum heutigen Tag der Entgeltgleichheit im Betrieb erklären Beate Müller-Gemmeke, Sprecherin für Arbeitnehmerrechte, und Monika Lazar, Sprecherin für Frauenpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag:

Es muss endlich Schluss damit sein, dass es Arbeit von Frauen zum Schnäppchenpreis gibt. Denn es ist beschämend, dass Frauen in Deutschland ab dem heutigen Tag quasi unentgeltlich arbeiten. Der 11. Oktober markiert den Tag, ab dem vom Jahresende an gerechnet Frauen symbolisch gesehen, nichts mehr verdienen, da sie immer noch durchschnittlich 22 Prozent weniger Lohn als Männer erhalten. In kaum einem anderen EU-Land ist die Entgeltlücke so groß. Und das obwohl unser Grundgesetz und europäische Regelungen festschreiben, dass gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit gezahlt werden soll. Doch Papier ist geduldig, selbst wenn es Verfassungsrang hat.

Frauen verdienen mehr! Und das muss in Deutschland endlich zu einer Selbstverständlichkeit werden. Wir unterstützen daher die heutigen Aktionen der Gewerkschaften in Betrieben und Büros. Denn Tarifverträge und die Mitbestimmung spielen eine große Rolle, wenn es um die Entgeltgleichheit geht. Wo Gewerkschaften aktiv sind, sind Entgelte auch mit Blick auf die Geschlechter gerechter ausgestaltet. Freiwilligkeit und Selbstverpflichtung der Wirtschaft hingegen funktionieren nicht. Deshalb müssen Tarife und andere Systeme für die Berechnung von Lohn und Gehalt nach Entgeltdiskriminierungen überprüft werden. Und das gelingt am besten mithilfe von gesetzlichen Regelungen. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen hat Vorschläge für ein Entgeltgleichheitsgesetz vorgelegt.